



Grünschnabel

Zeitung der Unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

Runter vom Gas!

Einen ersten Schritt hin zu einer vernünftigen Verkehrsberuhigung brachte die GLB mit der Einrichtung von Tempo-30-Zonen vor Jahren auf den Weg, und auch im Ortsteil Büttelborn soll dieses Jahr noch die Umsetzung folgen – langer Atem in der Kommunalpolitik führt (manchmal) doch noch zum Erfolg. Doch damit sind nicht alle Gefahrenpunkte in der Gemeinde aus dem Weg geräumt. Ein Brief betroffener Anwohner/innen aus dem Oberdorf in Worfelden vom No-

Fußgänger und Radfahrer auf dem Weg zur Arztpraxis unterwegs sind. Die früher als „Verkehrsberuhigung“ eingebauten Pflastersteine am Ortseingang und die Anpflanzung einer Baumreihe, die aufgrund des Torbogeneffektes eine Reduzierung der Geschwindigkeit erreichen soll, erweisen sich als wirkungslos. ... Dabei können wir uns vorstellen, dass durch die Verengung der Fahrbahn eine Verlangsamung des Verkehrs erreicht werden kann.“ Dem ist nichts hinzu-



würde ein einfacher Blick nach Dornheim genügen, um sich überzeugende Lösungen an den Ortseinfahrten anzuschauen. Die GLB-Fraktion wird beharrlich nachhaken, was hier weiter passiert. Denn: langer Atem in der Kommunalpolitik führt (manchmal) doch noch zum Erfolg – hoffentlich auch in diesem Fall.

Das Kandidatenkarussell dreht sich

Nicht nur Enno Siehr wunderte sich bei der 5. Amtseinführung von Bürgermeister Horst Gölzenleuchter, wurde diesem doch mehrfach ein verdienter Ruhestand nach dem Ablauf der jetzigen Amtsperiode (in sechs Jahren!) gewünscht. Waren dies etwa zweckbestimmte Glückwünsche? Oder hat die Ankündigung von Horst G. bei der letzten SPD-Jahresversammlung, er werde sich bei den nächsten Vorstandswahlen in 2008 aus der vordersten Parteilinie zurückziehen (GG-Echo, 11.05.2007), eine vorzeitige Nachfolgediskussion in den Hinterzimmern ausgelöst, die hier schon ihren Ausdruck fand?

Auf jeden Fall dreht sich das Kandidatenkarussell ab jetzt – wer hat Ambitionen, wer hat Chancen oder vielleicht beides? Holger L., der SPD-Fraktionsvorsitzende, redet sich bei jeder Gemeindevertretung um seine Chancen, während Thomas L. als erster Beigeordneter in den Reihen des Gemeindevorstands huldvoll lächelt. Oder wird es Klaus A., der Vorsitzende des SKS-Ausschusses, ein häufig gehandelter Name? Auch im Rathaus gibt es durchaus Kandidaten, die im Gespräch sind, ob Holger B. oder Rolf K., immerhin beide ausgewiesene Verwaltungsfachleute, aber hätten sie genug „Stallgeruch“? Oder wird es ein SPD-Fraktionshinterbänkler wie Martin R.? Aus diesen Reihen startete schon der bisherige Amtsinhaber vor vielen Jahren....



vember 2006 machte die GLB-Fraktion auf die besondere Situation am Ortseingang aus Richtung Schneppenhausen aufmerksam. Ausschnitte: „Geschwindigkeit ist gleich Lärm. Kraftfahrzeuge in Richtung Schneppenhausen beschleunigen lange vor Erreichen des Ortsausgangs und erreichen dabei eine geschätzte Geschwindigkeit von mehr als 80 km/h. In der Gegenrichtung – aus Schneppenhausen kommend – wird die Geschwindigkeit noch auf über 70 km/h geschätzt. ... Außer der Belästigung durch Lärm, entsteht eine nicht zu unterschätzende Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer. Hierbei handelt es sich insbesondere um Kinder und um die vielen älteren Leute, die als

fügen. Nachdem seitens der Verwaltung und des Bürgermeisters nur schwache Reaktionen kamen, traf sich die GLB-Fraktion mit Betroffenen zu einem Ortstermin (siehe Foto) und reagierte prompt mit einem Antrag zur Haushaltsberatung in der Gemeindevertretung am 07. März 2007. Das vorgeschlagene Budget für eine planerische Lösung wurde aber seitens der SPD-Fraktion rundheraus abgelehnt. SPD-Verkehrsexperte Rainer Thomin meinte, das aufgeworfene Problem sei mit einer einfachen Entwurfsskizze und einem Brief an das Landratsamt billiger zu lösen. Und dort nun ruht diese Anregung, um „mit Erfahrungen aus anderen Kommunen“ abgestimmt zu werden. Dabei

Gelebte Mehrheit

Wie Bürgermeister Gölzenleuchter mit seiner SPD Mehrheit die Gemeindevertretung samt ihrer Ausschüsse ignoriert

Das „Fitness und Gesundheitssportzentrum“ der SKV Büttelborn ist als Nachtrag in den Haushalt des Jahres 2007 eingebracht und dieser ist mit den Stimmen der SPD Gemeindevertreter genehmigt worden. Soweit die nackte Tatsache.

Die SKV Büttelborn hatte einen Antrag auf Bezuschussung in Höhe von 500.000 Euro gestellt. Dieser Betrag wurde in der gewünschten Höhe bewilligt. Dazu stellt die Gemeinde das Gelände zur Verfügung und bürgt für weitere 500.000 Euro, die sich der Verein als Darlehen beschafft.

Die Art und Weise, wie dieser Antrag durchgezogen wurde, ist eigentlich ungeheuerlich und zeugt davon, wie respektlos in Büttelborn mit den politischen Gremien und den Oppositionsparteien umgegangen wird.

Chronologie der Ereignisse:

Die SKV Büttelborn plant seit einiger Zeit den Bau des bewussten Zentrums. Ein offizieller Antrag um einen Zuschuss wurde noch nicht gestellt:

06.10.2006 Die Jahreshauptversammlung der SKV Büttelborn beschließt den Bau des Zentrums im kommenden Jahr beginnen. Anwesend ist auch Bürgermeister Gölzenleuchter, der im Bericht des „Groß - Gerauer Echo“ wie folgt zitiert wird: „Er sicherte der SKV unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Ortsvereine für das „Projekt das Zukunft“ eine Beteiligung der Gemeinde zu, die sich sehen lassen kann. Als SKV – Mitglied zeigte sich Gölzenleuchter erfreut über den Vorschlag, der Hand und Fuß hat. Die Kalkulation sei realistisch.“

Hierzu bedarf es einiger Anmerkungen:

- Wie kann der Bürgermeister einem Verein eine Zusage über einen „ansehnlichen Betrag“ geben, der noch keinem einzigen Gemeindevertreter bekannt sein kann? Die Gemeindevertretung muss schließlich darüber entscheiden.
- Woher weiß er, dass die Kalkulation realistisch ist? Niemand, außer dem Vereinsvorstand kannte etwaige Vergleichszahlen. Bei der späteren De-

batte in der Gemeindevertreter Sitzung am 07. März wurden einige Zahlen der Kalkulation von GLB und CDU angezweifelt. Die Antwort des Bürgermeisters damals sinngemäß: Es geht uns doch nichts an, wie die SKV die Zahlen realisiert.

- Mit der Gleichbehandlung der Vereine war das vor einigen Jahren durchgeführte Bauvorhaben des TV Büttelborn gemeint. Heißt also, kriegt einer was, dann kriegt der nächste auch was? Ging es darum die beiden größten Vereine des Ortsteils Büttelborn gleich zu stellen, oder dürfen sich nun auch andere Vereine Hoffnungen auf solche Gaben machen?

01.11.2006 „Da der Haushaltsentwurf keinen Sprengstoff enthalte („es fehlen die Mittel, um kreativ gestalten zu können“) rechnet Bürgermeister mit der Verabschiedung in der Dezembersitzung des Gemeindeparlaments. (Aus Groß-Gerauer Echo vom 03.11.2006)

13.12.2006 Die Verabschiedung des Haushalts 2007 wird auf die Gemeindevertreter Sitzung am 07. März 2007 verschoben. Die Verwaltung ist noch nicht so weit.

10.01.2007 Beim Gemeindevorstand der Gemeinde Büttelborn geht der Antrag der SKV Büttelborn auf Bezuschussung des Bauvorhabens ein.

20.02.2007 Änderung des Haushaltsplans 2007. Ein Punkt ist der o.a. Antrag.

07.03.2007 Verabschiedung des Haushalts 2007 mit besagtem Antrag durch die SPD – Mehrheit.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Antrag weder im Gemeindeparkament, noch in den zuständigen Ausschüssen behandelt. Bürgermeister Gölzenleuchter konnte sich auf seine absolute (SPD -) Mehrheit verlassen:

- Die Gemeinde Büttelborn hat genau den gewünschten Zuschussbetrag gewährt. Warum? Hatte man vielleicht

die Summe („Beteiligung, die sich sehen lassen kann“) schon vorher zugesagt? Wie vereinbart sich dies mit seiner Aussage vom 01.11.06 (siehe oben)? Woher nimmt man die halbe Million Kreativität eigentlich?

- Es wurden seitens der Gemeinde keinerlei Rückfragen über Kostenschätzung und Finanzierung der laufenden Kosten gestellt, zumindest sind den Gemeindevertretern keine bekannt (der Verein hatte selbstverständlich angeboten hierfür zur Verfügung zu stehen).
- Hat man sich nicht einmal die Arbeit gemacht, das vorgelegte Zahlenmaterial zu überprüfen? Denn dann wären unweigerlich Fragen aufgetaucht. Ist das der Grund, warum man die entsprechenden Ausschüsse nicht einbezogen hat? Hätte das alles zu lange gedauert? Wäre dann sogar der eine oder andere SPD-Gemeindevertreter nicht mehr bereit gewesen, seine Zustimmung zu geben?
- Es wurden keine Bedingungen an die Vergabe geknüpft. Bei einem Sponsoring von mindestens 500.000 Euro für einen Verein seitens der Gemeinde sollte es schon möglich sein, über bestimmte Bedingungen (beispielsweise Pflichtbeitritt in die SKV bei Nutzung des Fitnesszentrums usw.) zu reden.

Bürgermeister Gölzenleuchter und die SPD haben ein Vorhaben durchgezogen über das von ihrer Seite keine Diskussion gewünscht war, im Gegenteil.

Allein der Betrag widerspricht dem stets gebetsmühlenhaft vorgetragenen Sparwillen und den klammen Konten unserer Kommune. Keiner hofft, dass dieses Bauvorhaben scheitert, doch könnte dies die Gemeinde teuer zu stehen kommen. Dann wäre man mit mehr als 1 Mio. Euro dabei (bezieht man das Grundstück mit ein).

Und da ist es eben nicht egal, wie realistisch der Verein seine Einnahmen und Kosten darstellt, auch wenn der Bürgermeister der Meinung ist, der Kommune Büttelborn könne das egal sein.

Im Königreich Büttelborn

Absolutismus im einundzwanzigsten Jahrhundert

Hallo liebe Leute,

es gibt einen Ort, in dem alles heute noch so ist wie früher in den Märchen als noch Könige herrschten.

Nein, ein König mit Krone, der machen kann was er will, den gibt es eigentlich auch dort nicht mehr, denn die Einwohner dürfen wählen.

Doch kann sich der Herrscher dieses Imperiums so fühlen und er macht auch was er will.

Einzig er weiß, was gut und schlecht ist für seine Untertanen.

Natürlich hat er sich seine Macht erarbeitet.

Es begab sich, daß im März des Jahres 2006 Kommunalwahlen anstanden. Wie erwartet und wie immer gewann seine Partei und die seiner Vasallen die absolute Mehrheit.

Wenn seine Gefolgsleute auf eine eigene Meinung verzichten würden, hei was wäre das für ein feines Regieren. Da könnte man doch noch eine letzte Amtszeit weiter König sein, dachte sich der Monarch, der eigentlich Bürgermeister ist.

Nun, seine Anhängsel hatten damit kein Problem, machten sie doch schon seit Jahren was er wollte und außerdem fiel ihnen auch niemand ein, der ihnen sagen konnte wann bei einer Abstimmung der Arm zu heben sei.

Flugs klopfte man sich gegenseitig auf die Schulter und freute sich auf die Wahl im Dezember.

Alles was möglich ist, werde ich tun, um eine schöne Wahl zu erlangen, dachte sich der Herrscher. Zunächst strahlte er jede Woche seinen Untertanen mehrmals huldvoll aus Zeitungen und Blättchen entgegen. Auf daß sie sich immer an ihn und seine guten Taten erinnern sollten.

Schön, sagte er sich weiterhin und nun will ich noch einen tollen Rekord aufstellen. So viel Prozente und Stimmen soll vor dieser Wahl noch keiner erhalten haben.

Doch bald schon drohte Ungemach. Um seinen leeren Staatssäckel aufzufüllen hatte er ein gar lustiges Konzept zur Erhöhung der Kindergartengebühren erarbeiten lassen. Es schien zwar undurchschaubar, doch gab es Menschen, die deutliche Steigerungen erkennen konnten.

Da war der Protest groß. Frauen und

Männer drangen sogar in den Palast ein und stellten ihn zur Rede. Trotz aller staatsmännischer Kunst gelang es ihm nicht, sie zum Schweigen zu bringen.

Die kleine Partei mit dem bunten Namen, die sowieso dagegen war, wäre ja egal, aber so viele Kinder haben Eltern, Großeltern, Verwandte, diese wiederum Freunde und Bekannte, die dann alle im Dezember wählen dürfen, dachte er bei sich. Nein, das sind dann die 50.000 Euro nun doch nicht wert.



Er nahm schnell die Erhöhung zurück, seine Vasallen nickten artig Beifall und die Aufsässigen waren wieder ruhig.

Was kann ich denn noch tun, auf daß die Menschen freudig im Dezember zur Wahlurne schreiten? überlegte er.

„Heureka, neue Fußballplätze“; Nörgelten denn Sportler einer am Rande des Reichs gelegenen Provinz nicht schon jahrelang ob des kaputten Sportfeldes herum? Das paßt gut und da machen wir doch gleich noch einen anderen Platz bei meinem Hauptsitz, der ist ja auch nicht mehr so hübsch, beschloß er.

Groß war da der Jubel vieler Bürger, denn in der Provinz sollte es bald auch wieder eine Einkaufsmöglichkeit geben.

So schien dann alles für eine wunderschöne Wahl mit anschließender Huldi-

gung durch das Volk angerichtet, zumal auch noch ein Gelände zum Bauen von Häusern für Eingesessene und Ansiedler rechtzeitig bereitgestellt wurde.

Es kam dann der Wahltag im Dezember. Aber, oh Ach und Weh, in den Wahllokalen schliefen die Helfer fast ein, so wenige Untertanen kamen, um ihre Stimme abzugeben.

Als der Herrscher dann das Ergebnis sah, wurde er böse. Zwar hatte er 82% der abgegebenen Stimmen bekommen, doch waren das eben nur 27% der Stimmen, die er hätte bekommen können. Von 10.120 Bürgern gaben ihm nur 2742 ihre Stimme. Nur 3385 Stimmberechtigte waren zur Abstimmung gekommen.

Undankbares Volk, murrte er.

Mit Verdruß sah er der nächsten Gemeindevertretersitzung entgegen. Er hatte doch auch einem Verein vor den Wahlen viel Geld für ein Fitneß- und Gesundheitssportzentrum versprochen, ohne die Volksvertreter informiert zu haben. Diesen Betrag hatte er flugs noch als Nachtrag in den Haushalt des Jahres 2007 eingebracht, das aber schon angefangen hatte.

Doch was musste er im Parlament hören? Die Parteien der Grünen und der Schwarzen wollten nicht zustimmen, obwohl er es für richtig befunden hatte?

Da wurde er grimmig und schimpfte mit den Zweiflern gar böse. Zwar hoben seine Getreuen wieder brav die Arme zur Abstimmung, aber es hätte doch alles viel schöner sein können, hätten diese Querulanten doch auf unsinnige Debatten verzichtet. Und gegenüber den 50.000 Euro erlassenen Kindergartengebühren waren doch diese 500.000 Euro für eine arme Gemeinde, so viel ja auch nicht.

Und so wird es weiter gehen im Reich. Er wird sagen, bestimmen und entscheiden was gut ist. Er hat Recht, so meint er. Seine Gefährten werden ihm weiter brav zustimmen.

Sollte jemand anderer Meinung sein, ficht ihn das nicht an. Aber er wird diese Menschen maßregeln, denn er hat das Wissen und die Macht, oder vielleicht das Machtwissen.

Und die nächsten Wahlen sind weit. Aber das ist ihm auch egal. Wird er doch dann im wohlverdienten Ruhestand sein....

Flughafenerweiterung: Mehr Lärm, mehr Schadstoffe!

Lokale und globale Argumente gegen den Ausbau des Frankfurter Airports

Das Genehmigungsverfahren für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens geht in die nächste Runde, die zweite Auslegung der Planungsunterlagen ist gelaufen und auch die Gemeinde Büttelborn hat – wie viele Bürgerinnen und Bürger – erneut umfangreiche Einwendungen erhoben. Daneben muss sich der Flugverkehr der international geführten Klimadebatte stellen und schneidet im Vergleich mit anderen Transportmitteln extrem schlecht ab. Lokale und globale Gründe sprechen somit gegen die Flughafenerweiterung – noch ist es nicht zu spät, den Irrsinn zu stoppen.

Lokal denken

Eine neue Landebahn im Nord-Westen des Flughafens produziert zwangsläufig mehr Starts, die bislang („nur“) zu 50-60% ausgelastete Startbahn West wird mit dem Ausbau Schritt für Schritt bis weit über 90% genutzt werden. Die Auswirkungen auf Worfelden, Klein-Gerau und Büttelborn zeichnen sich klar ab, schon in den letzten 6 Jahren hat sich der Lärmpegel um 3 db(A) in allen Ortsteilen erhöht und dies war und ist deutlich spürbar. Wenn nun noch einmal zusätzlich 200.000 Flugbewegungen hinzukommen (laut Prognose im Antrag der Fraport, technisch möglich wird das Doppelte sein!) steigen die Lärmbelastungen um weitere 4-5 db(A). Die Anzahl der Lärmereignisse/Überflüge wird um bis zu 50% steigen. Der Rechtsanwalt Bernhard



Schmitz hat deshalb im Auftrag der Gemeinde diese fatale Entwicklung wie folgt zusammengefasst: „Eine Steigerung um weitere 4dB würde bedeuten, dass am Tag rund 67dB (in Klein-Gerau repräsentativ für die ganze Gemeinde) erreicht würden, was als verfassungsrechtlich unzumutbar anzusehen ist. Ebenso sieht es in der Nacht aus. Hier lägen die Werte bei 65 dB (A), also 15 dB (A) über dem, was in der Entscheidung Berlin-Schönefeld vom Bundesverwaltungsgericht für zumutbar erklärt worden ist und auch noch weit über dem, was allgemein für

verfassungsrechtlich zumutbar gehalten wird (65/55).“

Der Fluglärm in der Gemeinde Büttelborn wird unerträglich werden, weitere Lärmquellen, wie die Autobahn A67 und die Bahnstrecke durch Klein-Gerau – immer noch ohne Lärmschutz – addieren sich. Die Auswirkungen auf die Gesundheit zeigen sich schleichend, besonders Kinder werden laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO einem deutlich erhöhten Risiko an Asthma, Bronchitis und Hypertonie ausgesetzt, Konzentrations- und Kommunikationsstörungen sind weitere schwerwiegende Folgeerscheinungen.



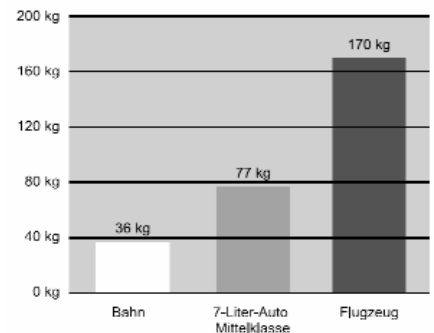
All dies wissen die Verantwortlichen bei Fraport und Landesregierung auch, als „Beruhigungspille“ wurde deshalb die Mediation ins Leben gerufen und noch heute arbeitet das Regionale Dialogforum (RDF) daran, einen „Ausgleich“ für diese Belastungen zu versprechen. Die jüngste Initiative soll einen „Anti-Lärm-Pakt“ bringen, u. a. wurde wieder das Nachtflugverbot von 23 Uhr abends bis 5 Uhr früh genannt. Doch dies wird nicht durchzusetzen sein. Rechtlich gibt es wohl nur schwache Hebel für ein solches Flugverbot. Sonst setzt die Politik in solchen Fällen Arm in Arm mit den Wirtschaftsverbänden auf freiwillige Selbstverpflichtungen, aber die Lufthansa weigert sich strikt und kündigt schon jetzt an, vor Gericht zu gehen, wohl um ihre Erfolgsaussichten wissend. CDU und FDP,

mit großer Mehrheit auch die SPD im Landtag reagierten hilflos, nicht im rechtlich bindenden Landesentwicklungsplan findet sich das Flugverbot in den „Kernstunden der Nacht“, sondern nur in einem unverbindlichen Begleitbeschluss des Parlaments. Nur die Grünen protestierten lautstark, blieben aber in der Minderheit. Wer den Ausbau noch verhindern will, sollte deshalb im bald anlaufenden Landtagswahlkampf genau hinhören und „seine“ LandtagskandidatInnen selbst befragen, was sie gegen den Ausbau unternehmen können und wollen. Wenigstens in der Wahlkabine sollte man seinen Protest schriftlich abgeben...

Global handeln

Die Klimadebatte ist in aller Munde, und noch wird der weltweite Flugbetrieb als Mitverursacher klein geredet. Aber wer Flughäfen ausbaut und damit die Grundlage für mehr Flüge schafft, muss sich diesem Argument stellen. Der radikale Preiskampf insbesondere bei innereuropäischen Flügen hat zur Folge, dass die Fluggesellschaften nur noch „über die Masse“ ihre Gewinne einfahren können, die Flugzahlen steigen und steigen.

CO₂-Ausstoß pro Passagier auf der Strecke München - Hamburg



Die Grafik zeigt, dass der CO₂-Ausstoß beim Fliegen um einen Faktor 2 – 5 höher liegt als bei Auto und Bahn. Jede Entscheidung für einen Kurzstreckenflug statt einer Bahnreise ist deshalb unverantwortlich. Im Sinne des Klimaschutzes wäre eine verbindliche Untergrenze für Flugstrecken ein sehr sinnvoller Schritt, und die Notwendigkeit eines Ausbaus in Frankfurt würde – selbst in der Logik der Fluggesellschaften – entscheidend geschwächt. Eine flächendeckende Vernetzung der zahlreichen deutschen Flughäfen per Bahn würde den Ausbau dann vollkommen überflüssig werden lassen.

Lokale und globale Überlegungen sprechen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens – noch kann der Irrsinn gestoppt werden!

Kontakte	Worfelden	Frieder Engel	Neustraße 64	Tel: (0 61 52) 7259
	Klein-Gerau	Andreas Peters	Mühl garten 25	Tel: (0 61 52) 8 38 00
	Büttelborn	Stefan Paul	Lindenstraße 19	Tel: (0 61 52) 94 95 20